

Inhalt der Sitzung vom 25.06.2007

TOP Ö 1 Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 21.05.2007 gefassten Beschlüsse

Eingangs der Sitzung gab Bürgermeister Huckele bekannt, dass das Ratsgremium in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 21.05.2007 ein Gewerbegrundstück an einen dortigen Gewerbetreibenden zugeteilt und reserviert hat.

In gleicher Sitzung wurde beschlossen, für den verstorbenen Friedhofsaufseher einen neuen Mitarbeiter einzustellen, der seinen Dienst am 01.07.2007 aufnehmen wird.

Bevor Bürgermeister Huckele mit der weiteren Tagesordnung fortfahren konnte, erkundigte sich Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) nach der Behandlung des Antrags der SPD-Fraktion, der von den 4 SPD-Fraktionsmitgliedern und Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) gestellt wurde. Da ein solcher Antrag spätestens in der übernächsten Gemeinderatssitzung zu behandeln ist, sah er darin einen Verstoß gegen § 34 Gemeindeordnung. Des Weiteren erkundigte er sich nach dem Antrag der SPD-Fraktion auf Herausnahme der Stelle des Hauptamtsleiters aus dem Stellenplan für 2007. Bürgermeister Huckele stellte richtig, dass der Antrag der SPD-Fraktion und eines weiteren GLP-Gemeinderats bei der Verwaltung am 18. Mai 2007 eingegangen sei. Da die Einladung mit der Tagesordnung für die Mai-Sitzung bereits am 15.05.2007 zugestellt wurde, sei als übernächste Sitzung die Julisitzung anzusehen. Die Aufnahme der Behandlung dieses Antrags in der Junisitzung war somit nicht zwingend erforderlich. Zudem brauche die Verwaltung aufgrund der komplexen Fragestellung „Auswirkungen der Situation bei der Firma AstraZeneca auf die Finanzplanung der Gemeinde für 2007 und die Folgejahre“ eine gewisse Vorlaufzeit zur sorgfältigen Beurteilung und Einschätzung der Situation. Beispielsweise habe er am heutigen Sitzungstag erfahren, dass die Gewerbesteuvorauszahlungen voraussichtlich auf Null festgesetzt werden. Eine solche Aussage sei zwangsläufig entscheidend für weitere Planungen. Er versicherte, dass die Verwaltung die Finanzsituation genauestens überprüfe und auf jeden Fall einen Nachtragshaushaltsplan erstellen wird.

Die beantragte Streichung der Stelle des Hauptamtsleiters stehe im Widerspruch zur Wahl zur Neubesetzung der Hauptamtsleiterstelle in der Mai-Sitzung, so Bürgermeister Huckele weiter. Bekanntlicherweise sei die Wahl lediglich an seinem fehlenden Einvernehmen gescheitert.

Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) bestand darauf, dass der Antrag der SPD-Fraktion zur Finanzlage in dieser Sitzung mit den derzeit bekannten Zahlen hätte behandelt werden müssen.

Bürgermeister Huckele gab zu Bedenken, dass eine Überarbeitung der Finanzplanungen ohne konkrete Zahlen schwierig sei. Da die Antragsteller auf die Behandlung des Themas bestehen, wird die Verwaltung mit den aktuell vorliegenden Erkenntnissen versuchen, mögliche Auswirkungen darzustellen.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) unterstützte die SPD-Fraktion. Seine Fraktion trage den Antrag als Co-Antragsteller mit. Es gehe nicht darum, ein fertiges Ergebnis für die schwierige finanzielle Situation zu erhalten, sondern um zeitnahe Informationen. Er bat den Bürgermeister, künftig seinen Informationsfluss gegenüber dem Gemeinderat zu öffnen und sie zeitnah über alle Überlegungen zu informieren.

Bürgermeister Huckele widersprach dem Vorwurf über fehlende Informationen des Gremiums, wenn er Fakten und Zahlen habe, dann informiere er umgehend das Ratsgremium.

Hinsichtlich der von der SPD-Fraktion beantragten Herausnahme der Hauptamtsleiterstelle aus dem Stellenplan 2007, bestand Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) auf eine förmliche Abstimmung.

TOP Ö 2 Neufassung einer Satzung über die Einführung eines verkaufsoffenen Sonntags

Der Landtag hat das neue Gesetz über die Ladenöffnung in Baden-Württemberg (LadÖG) verabschiedet, das mit der Veröffentlichung im Gesetzblatt am 6. März 2007 in Kraft getreten ist. Gleichzeitig sind die Ladenschlussverordnung und die darauf beruhenden Rechtsverordnungen der Gemeinden außer Kraft getreten. Die bisherige Rechtsverordnung vom 07.06.2005 ist deshalb durch eine Satzung oder Allgemeinverfügung zu ersetzen. Auf Grund der Ermächtigung in den §§ 7 und 8 LadÖG können die entsprechenden Sonn- und Feiertage für die Ladenöffnung festgelegt werden. Nachdem der Handwerker- und Gewerbeverein die Veranstaltung „Plankstadt Mitte feiert“ künftig nicht mehr durchführt, ist für die Regelung der Ladenöffnung nur noch der Kirchweihsonntag (3. Sonntag im Monat Oktober) relevant.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) signalisierte prinzipielle Zustimmung ihrer Fraktion und schlug gleichzeitig vor, für mögliche Veranstaltungen des Handwerker- und Gewerbevereins einen weiteren verkaufsoffenen Sonntag in der Satzung vorzusehen. Dadurch könne ohne Satzungsänderung flexibel reagiert werden. Zur Unterstützung des Einzelhandels gehe ohnehin der allgemeine Trend zu mehr verkaufsoffenen Sonntagen. In Plankstadt gäbe es dabei keine Kollision mit den Kirchen, da die Öffnung am Sonntag erst ab 13 Uhr erfolge.

Gemeinderat Fredi Engelhardt (PL) signalisierte seitens seiner Fraktion seine Zustimmung zur vorliegenden Satzung, über die Aufnahme eines zweiten verkaufsoffenen Sonntags könne man diskutieren.

Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) erinnerte daran, dass die SPD-Fraktion bereits in der Vergangenheit mehrheitlich gegen einen weiteren verkaufsoffenen Sonntag votiert habe, da der Sonntag ein Tag der Ruhe und für soziale Kontakte sei. Der Handel habe bereits mangels Kundenfrequenz die Möglichkeit der längeren Öffnung an Werktagen nicht genutzt. Der Einkauf am Sonntag sei lediglich eine Verschiebung, da man das vorhandene Geld nur einmal ausgeben könne, zudem würden dem Einzelhandel Mehrkosten entstehen. Für ihre Fraktion beantragte sie Einzelabstimmung.

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) bedauerte, dass die Veranstaltung „Plankstadt Mitte feiert“ nach nur zwei Jahren ohne nähere Begründung nicht mehr durchgeführt werde. Die Satzung sah er als Konsequenz aus der Landesgesetzgebung. Ohne einen konkreten Anlass zu kennen, sprach er sich gegen eine Aufnahme eines zweiten verkaufsoffenen Sonntags aus. Bei der nächsten Sitzung des Arbeitskreises Gemeindeförderung könne über die sinnvolle Stärkung des Handwerks und Gewerbes besprochen werden. Für die Öffnung am „Kerwesonntag“ signalisierte er die Zustimmung seiner Fraktion, da jeder Einzelhändler für sich entscheiden könne.

Bürgermeister Huckele stellte den weitergehenden Antrag der CDU-Fraktion, einen weiteren verkaufsoffenen Sonntag für Veranstaltungen des Handwerker- und Gewerbevereins aufzunehmen, zur Abstimmung. Dem Antrag wurde mit

12 Ja-Stimmen:

CDU (7), PL (4), Bgm

4 Nein-Stimmen:

GRäte Prof.Dr.Dr.Ulrich Mende, Dieter Schneider, Gaby Wacker (SPD), GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) 2 Enthaltungen:
GRat Werner Engelhardt (SPD) GRat Winfried Wolf (GLP)

entsprochen.

Im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung stimmte das Ratsgremium mehrheitlich der Neufassung der Satzung mit der Aufnahme eines weiteren verkaufsoffenen Sonntags für den Handwerker- und Gewerbevereins mit

13 Ja-Stimmen:

CDU (7), PL (4), GRat Winfried Wolf (GLP), Bgm

3 Nein-Stimmen:

GRäte Prof.Dr.Dr.Ulrich Mende, Dieter Schneider, Gaby Wacker (SPD)

2 Enthaltungen:

GRäte Werner Engelhardt (SPD), Ulf-Udo Hohl (GLP)

zu.

TOP Ö 3 Erlass der Satzung zur Erhebung von Kostenerstattungsbeiträgen nach §§ 135 a-c BauGB

Zur Erhebung von Kostenerstattungsbeiträgen für die Durchführung von Maßnahmen zum Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft (Ausgleichsmaßnahmen), die durch das Baugebiet „Bruchhäuser Weg“ verursacht werden, ist der Erlass einer Satzung zur Erhebung von Kostenerstattungsbeiträgen nach §§ 135 a-c BauGB erforderlich. Die Anmerkungen der Geschäftsstelle des Gemeindetags wurden in den Satzungsentwurf eingearbeitet. Ferner wurde die Präambel aufgrund des neuen Kommunalabgabengesetzes (§ 26 statt § 10 Abs.10) geändert.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) plädierte aufgrund von umfassendem Informations- und Klärungsbedarfs für eine Rückverweisung in den Ausschuss für Finanzen und Verwaltung.

Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) sah keine Notwendigkeit zur Rückverweisung, da die Satzung auf der Grundlage der Mustersatzung des Gemeindetags basiert und vom Ingenieur-Büro Butsch überprüft wurde. Er hinterfragte, ob für die Entwicklungspflege, anstelle der vorgesehenen 5-Jahres-frist, ein längerer Zeitraum möglich sei.

Bürgermeister Huckele ergänzte, dass die Mustersatzung eine Frist von 3 Jahren vorsehe und von Verwaltungsseite bereits auf 5 Jahre ausgedehnt wurde.

Gemeinderat Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) hätte es vorgezogen, wenn über einzelne Punkte vorab in einer Ausschusssitzung gesprochen worden wäre. Die von Gemeinderat Waldecker angesprochene Frist für die Entwicklungspflege sei für eine sinnvolle Perspektive sowie zum Bestandsschutz notwendig. Hinsichtlich der in der

Anlage angegebenen Anpflanzungen (Hochstammbäume, Gehölze, freiwachsende Hecken und Waldmäntel, Sträucher etc.) ging er davon aus, dass es sich um heimische Gehölze und nicht um Obstbäume handelt. Da der Entwurf der Satzung weitgehend an die Mustersatzung angelehnt sei, signalisierte er die Zustimmung seiner Fraktion.

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) kritisierte die Darstellung des Bürgermeisters, dass es sich bei dem Satzungsentwurf um eine allgemeine Satzung handle. Nach seiner Meinung gehe es alleinig um die Kostenerstattung für das Baugebiet „Bruchhäuser Weg“. Er plädierte dafür, dass frühere und künftige Kosten für Gutachten bei den Kostenerstattungsbeiträgen mit einzurechnen. Ebenso sollten die Kosten der Erhaltungssatzung, die derzeit 28 Bäume umfasse, berücksichtigt werden. Hinsichtlich der Formulierung in der Anlage zum Satzungsentwurf (Punkt 1.3 „Standortgerechte Wälder“) beantragte er die Formulierung „standortheimische Hölzer“ zu verwenden. Gemeinderat Hohl erkundigte sich weiter nach dem aktuellen Stand der externen Ausgleichsmaßnahmen. Abhängig davon, welche Ergänzungen zum Bebauungsplan erforderlich werden, können zusätzliche Ausgleichsflächen erforderlich werden.

Bürgermeister Huckele betonte, dass es sich bei dem vorliegenden Entwurf durchaus um eine allgemeine Satzung handelt, die nicht ausschließlich beim Baugebiet „Bruchhäuser Weg“ Anwendung findet. Diese Satzung sei erforderlich um Kosten umlegen zu können, die durch Bebauungsplanfestsetzungen entstehen werden. Gemeinderat Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) riet davon ab, die von Gemeinderat Hohl beantragte Änderung der Formulierung vorzunehmen. Durch den Klimawandel hätten sich auch die Wälder verändert. Um ggf. weiteren Veränderungen gerecht werden zu können, sollte die Formulierung „Standortgerechte Wälder“ bestehen bleiben.

Bürgermeister Huckele stellte den weitergehenden Antrag der CDU-Fraktion auf Rückverweisung in den Ausschuss für Finanzen und Verwaltung zur Abstimmung. Der Antrag wurde mehrheitlich mit

7 Ja-Stimmen CDU (7)

8 Nein-Stimmen PL (4), SPD (4)

3 Enthaltungen GLP (2), Bürgermeister

abgelehnt.

Im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung stimmte das Ratsgremium mehrheitlich dem Erlass einer Satzung zur Erhebung von Kostenerstattungsbeiträgen nach §§ 135a-c BauGB mit

9 Ja Stimmen PL (4), SPD (4), Bürgermeister

9 Enthaltungen CDU (7), GLP (2)

zu.

TOP Ö 4 Umschuldung bzw. Neufestsetzung der Zinssätze von zwei Kommunaldarlehen nach Ablauf der Zinsfestschreibung

Zum 30.09.2007 bzw. 30.03.2008 laufen die Zinsfestschreibungen von zwei Kommunaldarlehen mit einer Restschuld von ca 891.000 € bzw. ca 730.000 € aus. Deshalb sind die Darlehenszinsen neu zu vereinbaren. Es wurden drei Kreditinstitute zur Abgabe von Angeboten zur Neufestsetzung der Darlehenszinssätze aufgefordert.

Bürgermeister Huckele gab die Angebote der Kreditinstitute bekannt:

Für das Restdarlehen von rund 891.000 € hat die Sparkasse Heidelberg mit einem Zinssatz von 4,82% das günstigste Angebot abgegeben.

Bei dem zweiten Restdarlehen war die Volksbank Bezirk Schwetzingen mit einem Zinssatz von 4,845% die günstigste Bieterin.

Die neuen Zinssätze sind, bei den gleichen bisherigen Darlehenskonditionen, auf jeweils 10 Jahre festgeschrieben.

Das dritte angeschriebene Kreditinstitut, die DG HYP, Hamburg, hatte kein Angebot abgegeben, da mit der Volksbank Bezirk Schwetzingen bankintern vereinbart wurde, nur ein Angebot abzugeben.

Bürgermeister Huckele betonte, dass die Verwaltung ursprünglich die Darlehen nach Ablauf der Zinsbindungsfrist tilgen wollte. Aufgrund der ungewissen finanziellen Situation sei dies derzeit leider nicht möglich. Um künftig flexibler reagieren zu können, regte er an, dass bei einer künftigen Änderung der Hauptsatzung die Verwaltung dazu ermächtigt werde, über Zinsneufestsetzungen bei bestehenden Darlehen selbst zu entscheiden.

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) hinterfragte, ob es sinnvoll sei, bereits zum jetzigen Zeitpunkt Zinssätze von Darlehen festzuschreiben, die erst in 9 Monaten fällig werden. Außerdem erfragte sie, für welche Objekte diese Darlehen in der Vergangenheit aufgenommen wurden.

Bürgermeister Huckele machte deutlich, dass das historische Zinstal seit geraumer Zeit durchschritten ist und nicht nur Experten übereinstimmend steigende Zinssätze prognostizieren.

Aufgrund des Gesamtdeckungsprinzips des Haushalts ist es nicht möglich, die Darlehen einem oder mehreren Objekten direkt zuzuordnen. Es ist allerdings festzuhalten, dass in der jüngsten Vergangenheit mit dem Regenrückhaltebecken und der Seniorenwohnanlage Projekte in Millionenhöhe finanziert wurden.

Auf Anfrage von Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) bezifferte Bürgermeister Huckele die bisherigen Zinssätze bei einer Laufzeit von jeweils 5 Jahren mit 4,1% (ursprüngliches Darlehen 1 Mio €) und 3,69% (ursprüngliches Darlehen 820.000 €). Gemeinderat Wolf hätte sich zum Vergleich mehr als 2 Angebote gewünscht.

Bürgermeister Huckele verwies auf die sehr günstigen Angebote der beiden Geldinstitute, zudem war von der Verwaltung nicht vorzusehen, dass die DG HYP kein eigenständiges Angebot abgeben würde.

Auch Gemeinderätin Breitenbücher hätte es begrüßt, unter mindestens drei Vergleichsangeboten entscheiden zu können, gleichzeitig würdigte sie jedoch die Verdienste und Angebote der regionalen Geldinstitute.

Im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung wurde dem Vorschlag der Verwaltung, nach Ablauf der Zinsfestschreibung von zwei Kommunaldarlehen:

- ab 01.10.2007 den Zinssatz von 4,82% bei der Sparkasse Heidelberg,
- ab 01.04.2008 den Zinssatz von 4,875% bei der Voba Bezirk Schwetzingen

zu den bisherigen Darlehenskonditionen, mit einer Zinsbindungsfrist von 10 Jahren neu festzusetzen mehrheitlich bei 2 Enthaltungen der GLP entsprochen.

TOP Ö 5 Ersatzbeschaffung eines Werkstattwagens für die Gemeindewasserversorgung

Der Werkstattwagen der Gemeindewasserversorgung ist seit 1992 im Einsatz und hat zwischenzeitlich eine Fahrleistung von ca. 175.000 km. Der Verschleiß ist im Fahrbetrieb spürbar und die Reparatur- und Instandhaltungsaufwendungen häufen sich. Zusätzlich wird die Ersatzteilbeschaffung immer schwieriger. Die

Verwaltung sieht daher eine Ersatzbeschaffung für dringend notwendig an.

In Absprache mit dem Wassermeister und dessen Stellvertreter wurden beim örtlichen Autohaus Kolb (Fiat-Vertragshändler), bei der Firma Röhl Schwetzingen (Opel-Vertragshändler), Autohaus Gürth Schwetzingen (Ford-Vertragshändler) Angebote eingeholt. Es wurde darauf geachtet, dass diese Firmen die Fahrzeuge im eigenen Betrieb warten und reparieren können. Der angebotene Lieferumfang wurde mit den Nutzern abgestimmt. Das mit Abstand wirtschaftlichste Angebot wurde vom Autohaus Kolb aus Plankstadt abgegeben. Da die Erfahrungen mit dem bisherigen Fiat-Werkstattwagen gut waren, schlug die Verwaltung die Beschaffung eines Fiat Ducato Transporters vor.

Gemeinderat Karl Schleich (CDU) bestätigte, dass das bisherige Fahrzeug mit 15 Jahren und der angegebenen Fahrleistung sein Soll erfüllt habe und eine Ersatzbeschaffung erforderlich sei. Da das Fahrzeug nur im Ort und in der näheren Umgebung eingesetzt werde, tendierte er zu einem wahlweisen Betrieb mit Erdgas. Bürgermeister Huckele erläuterte, dass dieses Modell nur mit drei Dieselmotoren, die keinen Erdgasbetrieb zulassen, angeboten werde. Die Ausrüstung mit dem neuartigen Russpartikelfilter sei jedoch vorgesehen. Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) hätte ebenfalls ein Erdgasfahrzeug bevorzugt. Auch er sah eine Ersatzbeschaffung als betriebswirtschaftlich notwendig an.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) hinterfragte die Motorstärke und wunderte sich über die Aussage, dass ein Motor mit höherer Leistung hinsichtlich des Motorverschleißes und des Verbrauchs günstiger sei. Bürgermeister Huckele bestätigte, dass im Vergleich zu dem bisherigen Fahrzeug ein Motor mit höherer Leistung gewählt wurde, da das Fahrzeug mit der ständig mitgeführten Werkstattausrüstung und zusätzlichem Materialtransport häufig schwer beladen sei. Auch sei es erwiesen, dass ein Dieselmotor, der unter ständiger Vollast betrieben wird, schneller verschleibe und einen deutlich höheren Verbrauch aufweist.

Im Rahmen der Beschlussfassung wurde der Auftrag zur Lieferung eines neuen Werkstattwagens zum Preis von 23.188 € einstimmig an die Firma Autohaus Kolb erteilt.

TOP Ö 6 Einbau brandschutztechnischer Einrichtungen in den Schulen - Auftragsvergabe

Die Baurechtsbehörde des Landratsamts hat im Herbst 2006 eine Brandschutzbegehung in den beiden Schulen durchgeführt. Hierbei wurde festgestellt, dass aufgrund heutiger Brandschutzforderungen separate Brandabschnitte in den einzelnen Geschossen der Schulgebäude zu bilden sind sowie der zweite Rettungsweg baulich nachgerüstet werden muss. Im Rahmen der diesjährigen Haushaltsplanberatungen wurde im zuständigen Ausschuss und im Gemeinderat aufgrund der Notwendigkeit die baldige Umsetzung befürwortet.

Im Wesentlichen sind folgende Maßnahmen durchzuführen:

- Errichtung einer Fluchttreppe als zweiter Rettungsweg jeweils an der Nordseite des Hauptschulgebäudes der Humboldtschule und an der Friedrichschule
- Einbau von Rauchschutzvorhängen in den Treppenhäusern der Humboldt-GHS.
- Einbau von Rauchschutzvorhängen im Treppenhaus der Friedrichschule

Die Lieferung und Montage der Rauchschutzhänge wurde zwischenzeitlich losweise ausgeschrieben. Zum Submissionstermin lagen 2 Angebote vor.

Gemeinderat Karl Schleich (CDU) signalisierte ebenso wie Gemeinderat Dr. Stephan Verclas (PL) und Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) die Zustimmung ihrer Fraktionen.

Gemeinderat Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) erkundigte sich, ob es sich bei den angeschriebenen Firmen um bundesweit agierende Spezialfirmen handeln würde. BAL Boxheimer bestätigte dies und informierte, dass von 5 aufgeforderten Firmen lediglich 2 Firmen dieser Aufforderung gefolgt seien.

Im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung befürwortete das Ratsgremium mit einstimmigem Votum den Auftrag zum Einbau von Rauchschutzhängen in der Friedrich- und Humboldtschule an die Firma Stöbich aus Goslar zum Angebotspreis von 90.706,56 € zu vergeben.

TOP Ö 7 Sanierung eines Teilabschnitts der Sichtmauerwerkfassade Friedrichschule - Auftragsvergabe

Die Fassade der denkmalgeschützten Friedrichschule bedarf einer grundlegenden Sanierung, die im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten in den nächsten Jahren in Angriff genommen werden soll. Aufgrund der aus brandschutztechnischen Gründen notwendigen Errichtung einer Fluchtaußentreppe in der östlichen Nische der Gebäudenordseite ist die Sanierung im dortigen Bereich aus arbeitstechnischen Gründen zeitlich vorzuziehen. Die Leistungen wurden zwischenzeitlich ausgeschrieben. Zum Submissionstermin lagen 4 Angebote vor.

Gemeinderat Andreas Berger (CDU) erkundigte sich beim Bauamtsleiter, ob bei der beschränkten Ausschreibung der Steinmetzarbeiten die ortsansässige Firma zu einer Angebotsabgabe aufgefordert worden sei.

BAL Boxheimer bestätigte, dass es sich bei den ausgeschriebenen Arbeiten um Natursteinarbeiten handeln würde. Ob auch die ortsansässige Firma angeschrieben wurde, werde geprüft.

Gemeinderat Dr. Stephan Verclas (PL) fragte nach der Ursache der extrem differierenden Angebotspreise und ob man aufgrund der Sanierung dieses Teils der Außenfassade die Gesamtsanierungskosten hochrechnen kann.

BAL Boxheimer verwies darauf, dass ein Grund für die Preisdifferenzen die verschiedenen Firmenstandorte und das damit verbundene unterschiedliche Lohnniveau in Rheinland-Pfalz sei. Mit der Vergabe werden ca. 15% der Außenfassade saniert. Da in diesem nördlichen Teil die Natursteinschäden vergleichsweise gering seien, könne man nicht ohne weiteres auf die Kosten für die restliche Fassade schließen.

Auch Gemeinderat Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) wunderte sich über die große Differenz in den Angeboten und würde es begrüßen, wenn dafür künftig kurze Begründungen beigefügt werden. Auch bat er darum, die kompletten Angebote und nicht nur das Blankett zu den Fraktionssitzungen aufzulegen.

BAL Boxheimer stellte fest, dass die Firma einen guten Leumund habe. Selbst aus den vollständigen Angebotsunterlagen ist keine schlüssige Erklärung zu den angesprochenen Preisdifferenzen ersichtlich. Kein Problem sei es, künftig die kompletten Angebote zu den Fraktionssitzungen aufzulegen.

Im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung wurde der Auftrag zur Sanierung der Sichtmauerwerkfassade der Friedrichschule im Bereich der künftigen Fluchttreppe zum Angebotspreis von 20.545,35 € an die Firma Pfannenstein aus Winnweiler (Rheinland-Pfalz) einstimmig vergeben.

TOP Ö 8 Bekanntgaben, Anfragen

1. Umstufung der Eisenbahnstraße zur Ortsstraße

Bürgermeister Huckele berichtete über ein neues Schreiben des Regierungspräsidiums zur Rückstufung der Eisenbahnstraße. In diesem Schreiben verweist das RP darauf, dass man wegen eines Umstufungskonzepts, dass auch die Ortsdurchfahrt L 544 (Eisenbahnstraße) beinhalten wird, auf die Gemeinde Plankstadt zukommen werde. Das RP stellt dabei fest, dass die Umstufung der K 4147 erst nach Ablauf eines angemessenen Zeitraums nach der haushaltsmäßigen Abrechnung der GVFG-Maßnahme umgesetzt werden könne, üblicherweise sei ein Zeitraum von 10 Jahren anzusetzen. Die rein bautechnische Abrechnung der Maßnahme wurde im Jahr 2003 abgeschlossen, hiernach wäre eine Umstufung im Jahr 2013 umsetzbar. Die eigentlich maßgebende Abrechnung nach GVFG sei jedoch bis heute noch offen, der „angemessene Zeitraum“ habe noch nicht begonnen. Da jedoch die B535 eine Änderung des gesamten Straßennetzes mit sich bringe, wird das RP die angestrebten Veränderungen dieses Konzept einarbeiten. Zur Abstimmung werden in nächster Zeit Gespräche stattfinden.

2. Pressemitteilung vom 13.06.2007 in der Schwetzinger Zeitung

Gemeinderat Dr. Stephan Verclas (PL) verlas einen Teil des Zeitungsberichts zur letzten Gemeinderatsitzung in der Schwetzinger Zeitung, in dem u.a. berichtet wurde, dass dem Bürgermeister ein Hauptamtsleiter verwehrt worden sei. Gemeinderat Dr. Verclas forderte eine Richtigstellung durch den Bürgermeister, da die Besetzung der Stelle des Hauptamtsleiters nur am fehlenden Einvernehmen des Bürgermeisters gescheitert sei. Es sei nicht richtig dargestellt, dass die Wahl kein Ergebnis gebracht habe. Wenn der Bürgermeister zu dem gewählten Bewerber sein Einvernehmen erteilt hätte, wäre die Stelle des Hauptamtsleiters besetzt worden. Bürgermeister Huckele wies daraufhin, dass die Formulierung in dem angesprochenen Zeitungsartikel aufgrund eines Telefongesprächs mit dem anwesenden Berichterstatter erfolgte. Wahrheitsgemäß habe er ihm berichtet, dass die Wahl zur Neubesetzung der Hauptamtsleiterstelle ohne Ergebnis ausgegangen sei. Richtig sei auch, dass ohne das Einvernehmen des Bürgermeisters keine Neubesetzung erfolgen kann, es sei denn, das Gremium würde einen Bewerber mit 2/3 Mehrheit wählen. Da dies vorliegend nicht der Fall war, blieb die Wahl ohne das Ergebnis einer Neubesetzung.

3. Häckselplatz

Gemeinderat Oskar Sessler (CDU) monierte das verstreute Schnittgut auf dem Häckselplatz.

Gemeinderat Karl Schleich (CDU) führte dazu aus, dass früher die Fa. Berger das angelieferte Schnittgut im Bedarfsfall ohne direkten Auftrag zusammengeschoben habe.

Gemeinderat Andreas Berger (CDU) ergänzte, dass die Fa. Berger seit dem Einbau eines neuen Häckselplatztores keinen Schlüssel mehr habe.

Bürgermeister Huckele sicherte eine Überprüfung zu.

4. Neubaugebiet „Bruchhäuser Weg“

Auf die Frage von Gemeinderat Sessler bestätigte Bürgermeister Huckele, dass den Flurstücken der neuen Straßen im Baugebiet „Bruchhäuser Weg“ bereits Hausnummern zugeordnet seien.

5. Pressemitteilung vom 13.06.2007 in der Schwetzingener Zeitung

Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) bezog sich nochmals auf den bereits erwähnten Zeitungsartikel und erkundigte sich nach dem Sachstand der Petition, die gegen das Verfahren zur Erschließung des Neubaugebiets „Bruchhäuser Weg“ gerichtet ist.

Bürgermeister Huckele führte aus, dass die Eingabe dem Wirtschaftsministerium zur Prüfung vorliege und das Verfahren sich gegenwärtig noch im Zeitplan befinde.

Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) schloss eine Verzögerung des Erschließungsverfahrens durch die Petition nicht aus.

Bürgermeister Huckele hoffe auf eine schnelle Prüfung, ggf. Weitergabe und Behandlung im Petitionsausschuss.

Fakt sei auch, dass der Petent seine Petition, ohne die Verfahrensakten einzusehen, nur aufgrund von Zeitungsberichten eingereicht habe.

6. Plankstadter Wasserturm

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) erkundigte sich nach der Begehbarkeit des Wasserturms, da man beobachtet habe, dass Renovierungsarbeiten im Wasserturm durchgeführt worden seien.

Bürgermeister Huckele bestätigte, dass die im Mauerwerk eingelassenen Eisenträger des Treppenaufgangs angerostet und verstärkt werden mussten. Da für diese Arbeiten ein Gerüst erforderlich war, wurde die Gelegenheit genutzt, gleichzeitig den Verputz bis zur ersten Zwischendecke abzuklopfen.

BAL Boxheimer ergänzte, dass auch die undichten Fenster im Kesselbereich abgedichtet wurden.

7. Wasserversorgung

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) erfragte den Sachstand und den Termin für ein Gespräch mit den Stadtwerken Schwetzingen zum Neuabschluss eines Trinkwasserlieferungsvertrags.

Bürgermeister Huckele entgegnete, dass eine Terminvereinbarung in dieser Sitzung vorgesehen war und schlug die Termine 26.06., 27.06. oder 10.07. zur Auswahl vor. Das Ratsgremium verständigte sich auf den 10.07., um 17.00 Uhr, im Beratungszimmer des Rathauses. Bürgermeister Huckele sicherte zu, der Einladung den aktuellen Vertragsentwurf beizufügen

8. Resolution zur Schließung der Firma AstraZeneca

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) erkundigte sich nach dem Sachstand zu obiger Resolution. Des Weiteren verwies er auf einen Bericht der Schwetzingener Zeitung, wonach eine Manifestation der Belegschaft der Firma AstraZeneca am 22. Juni stattgefunden habe, mit der die Belegschaft habe ausdrücken wollen, dass sie mit dem Sozialplan der Firma nicht einverstanden sei. Gemeinderat Hohl fragte an, ob dem Bürgermeister dieser Termin bekannt gewesen sei und nach den Gründen, wieso dem Ratsgremium der Termin nicht mitgeteilt wurde.

Bürgermeister Huckele berichtete, dass auf die Resolution, die an die Geschäfts- und Firmenleitungen in Plankstadt, Wedel und London gerichtet wurden, lediglich der Geschäftsführer des hiesigen Standorts, Herr Dr. Marquardt, mit einem Dankschreiben für die Unterstützung reagiert hat.

Auf die Kundgebung der Bediensteten der Firma AstraZeneca eingehend, stellte er klar, dass ihm der Termin von einer Beschäftigten, die nicht genannt werden wollte, inoffiziell mitgeteilt wurde. Bei einer tel. Nachfrage beim Betriebsrat habe er die Auskunft erhalten, dass diese Aktion nicht vom Betriebsrat initiiert sei und man die Entwicklung abwarten wolle. Da von keiner Seite eine offizielle Einladung ausgesprochen wurde, sah er keine Veranlassung für weitere Maßnahmen.

9. Neubürgerempfang

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) erkundigte sich ferner nach einem Termin für den geplanten Neubürgerempfang der für Juli anvisiert gewesen sei.

Bürgermeister Huckele verwies auf die schwierige personelle Situation, aufgrund derer es ihm nicht möglich war, einen Neubürgerempfang zu organisieren.

Dem entgegenetzte Gemeinderat Winfried Wolf (GLP), dass er dem ehemaligen HAL Knörzer seine Unterlagen und Vorschläge für die Ausgestaltung eines solchen Neubürgerempfangs bereits im Februar dieses Jahres ausgehändigt hatte. Herr Knörzer habe sich alle notwendigen Unterlagen kopiert und habe ihm dann die Unterlagen zurückgegeben. Die Organisation sei seiner Auffassung nach aufgrund dieser Unterlagen ohne großen Aufwand möglich.

10. Haushaltsantrag der GLP auf genmaisfreies Plankstadt durch Verbot des Anbaus genmanipulierter Pflanzen

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) bezog sich auf den Antrag seiner Fraktion zu den Haushaltsplanberatungen 2007, in Plankstadt den Anbau genmanipulierter Pflanzen zu verbieten und regte an, dass sich ein Ausschuss mit dem Thema befassen sollte. Seinem Wissen nach habe das Umweltamt der Gemeindeverwaltung bereits Vorbereitungen diesbezüglich getroffen.

Gemeinderat Hans-Peter Helmling (CDU) sah keine Veranlassung in diesem Bereich tätig zu werden, in Plankstadt gebe es keinen Landwirt, der genmanipulierte Pflanzen anbaue.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) sah die Haftungsfrage ungeklärt, falls solches Saatgut ausgebracht werde und wollte mit einem Verbot vorbeugen.

11. Trinkveranstaltungen von Jugendlichen

Aufgrund der in der Presse immer häufiger genannten Trink-Veranstaltungen (sog. Flatrate-Partys) von Jugendlichen, regte Gemeinderat Winfried Wolf an, solche Veranstaltungen in Plankstadt per Verordnung oder ordnungsrechtlicher Verfügung zu verbieten.

Bürgermeister Huckele sah gegenwärtig nicht die Notwendigkeit eines solchen Verbots. Trotzdem wolle er prüfen lassen, wie diese Trinkveranstaltungen im Ernstfall verhindert werden können.

12. Spielplatz an der Schwetzingener Straße

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) informierte die Verwaltung über Beschädigungen und Unzulänglichkeiten auf dem Spielplatz in der Schwetzingener Straße und regte die Beschaffung einer Schaukel an.

BAL Boxheimer sicherte eine Überprüfung zu.

13. Spielplatz im Baugebiet „Gässeläcker“

Bezugnehmend auf die gemeindlichen Spielplätze erkundigte sich Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL), ob es möglich sei beim Spielplatz im Neubaugebiet „Gässeläcker“ über einen Teil des Sandspielplatzes ein Sonnensegel vorzusehen. BAL Boxheimer bestätigte, dass bereits ein Sonnensegel im dortigen Bereich geplant sei.

Weiter erkundigte sich Gemeinderätin Breitenbücher, wann die Markise bei der Grillhütte installiert werde.

BAL Boxheimer konnte berichten, dass Anbringung am folgenden Tag vorgesehen sei.